

A N F R A G E

betreffend finanzieller Auswirkung einer allfälligen Annahme der KOSA-Initiative auf den Kanton Graubünden

Heute gehen die Nationalbank-Gewinne zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone. Diese Gelder werden für die Erbringung zentraler Staatsaufgaben in den Kantonen gebraucht, z.B. für die Sicherheit, Bildung oder das Gesundheitswesen. Bei einer Annahme der KOSA-Initiative würden den Kantonen diese Mittel entzogen und sie müssten die Einnahmefälle durch Ausgabenkürzungen bzw. Leistungsabbau bei zentralen Staatsaufgaben oder durch Steuererhöhungen kompensieren. Dies wäre mit spürbaren Folgen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft verbunden. Auch die Einnahmefälle beim Bund hätten finanzielle Auswirkungen auf die Kantone.

Die Kantone verfügen über die politischen Gremien und Instrumente (Volksrechte, Kantonsparlamente und Regierung), um über die Verwendung der Nationalbankgelder demokratisch und bürgernah entscheiden zu lassen. Dank ihrer Nähe zum Volk und dank ihrer Kenntnis der regional unterschiedlichen Probleme und Bedürfnisse bieten die Kantone Gewähr für einen haushalterischen und den kantonalen Gegebenheiten angepassten Umgang mit den Nationalbank-Mitteln. Bei einer Annahme der KOSA-Initiative wäre dies nicht mehr der Fall.

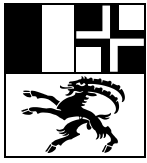
In Graubünden hat die Regierung mehrfach ihre Absicht bekannt gemacht, die Nationalbank-Gewinne zum Abbau der Staatsschulden und zur Finanzierung des Steuerrevisionspakets zu nutzen. Diese Absicht wird von der KWAS und der GPK unterstützt und sie wurde vom Grossen Rat bisher wohlwollend aufgenommen. Die Annahme der KOSA-Initiative würde nach Ansicht der Anfragenden diese Vorgehensweise verunmöglichen.

Die Regierung wird daher eingeladen, Antwort zu geben, wie sich eine allfällige Annahme der KOSA-Initiative aus finanzieller Sicht auf Graubünden auswirken würde. Konkret sind folgende Fragen zu beantworten;

- 1) Wie hoch wären die Mindereinnahmen bei einer Annahme der KOSA-Initiative (ausgehend vom heute geltenden Verteilschlüssel unter den Kantonen)?
- 2) Wie würden diese Mindereinnahmen kompensiert werden? Welche Auswirkungen würden diese Mindereinnahmen auf das Steuerrevisionspaket haben?
- 3) Mit der Annahme der Initiative gingen dem Bund bis zum Ablauf der geltenden Gewinnausschüttungsvereinbarung bzw. bis 2012 jährlich gut 833 Mio. Franken verlustig, Ist zu befürchten, dass als Folge Subventionen für Graubünden gekürzt werden?

Chur, 24. April 2006

Loepfe, Feltscher, Cavigelli, Augustin, Bachmann, Bär, Barandun, Berther (Disentis), Berther (Sedrun), Biancotti, Bundi, Büsser, Cahannes, Capaul, Casanova (Vignogn), Casanova (Chur), Caviezel (Pitasch), Christ, Crapp, Demarmels, Dermont, Donatsch, Fallet, Farrér, Fasani, Hanimann, Hartmann, Hess, Jenny, Kessler, Kleis-Kümin, Luzio, Maissen, Marti, Meyer-Grass (Klosters), Perl, Plozza, Portner, Quinter, Rizzi, Robustelli, Sax, Schmid, Thomann, Tomaschett, Tremp, Tuor, Zanetti, Zanolari, Zegg, Bezzola, Darms, Nay



Sitzung vom

6. Juni 2006

Mitgeteilt den

9. Juni 2006

Protokoll Nr.

647

Anfrage Loepfe

betreffend finanzielle Auswirkungen einer allfälligen Annahme der KOSA-Initiative auf den Kanton Graubünden

Antwort der Regierung

Gestützt auf die geltende Gewinnausschüttungsvereinbarung zwischen dem Bund und der Schweizerischen Nationalbank (SNB) vom 5. April 2002 entrichtet die SNB für die Geschäftsjahre 2003 – 2012 (mit Auszahlung in den Jahren 2004 – 2013) Bund und Kantone einen Gewinn von jährlich 2,5 Milliarden Franken. Gemäss dem verfassungsmässigen Verteilschlüssel entfallen davon ein Drittel an den Bund und zwei Drittel an die Kantone. Der Kantonsanteil von total 1,67 Milliarden Franken wird zu 5/8 nach Wohnbevölkerung und zu 3/8 nach der Finanzkraft verteilt. Der Kanton Graubünden erhält davon aktuell 57,8 Mio. Franken.

Die am 9. Oktober 2002 von einem „Komitee sichere AHV“ eingereichte Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ (KOSA-Initiative) wird am 24. September 2006 Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt. Bei einer Annahme der Initiative müssten die Nationalbankgewinne in den AHV-Fonds ausgeschüttet werden. Die Kantone erhielten vorweg einen fixen Betrag von insgesamt 1,0 Milliarde Franken pro Jahr. Der Bund würde leer ausgehen. Die Kantone würden zusammen pro Jahr 666 Mio. Franken bzw. 40 % und der Bund 833 Mio. Franken bzw. 100% des bisherigen Ertrages verlieren. Die neue Regelung käme voraussichtlich ab dem Geschäftsjahr 2008 zur Anwendung. Die rechtliche Situation in Bezug auf die Auszahlung der bisher gebildeten Ausschüttungsreserve der SNB wird kontrovers beurteilt. Letztlich wird bei einer Annahme der Initiative das Bundesparlament im Rahmen einer Revision des Nationalbankgesetzes die Zuteilung der unter altem Recht entstandenen Ausschüttungsreserve regeln.

Zu den Fragen:

- 1) Ausgehend vom geltenden Verteilschlüssel für die Nationalbankgewinne mit den aktuellen Berechnungsgrundlagen (Bevölkerung und Finanzkraft) betragen die jährlichen Mindereinnahmen für den Kanton Graubünden 23,1 Mio. Franken. Nach der im Jahr 2008 zu erwartenden Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen (NFA) wird der Kantonsanteil am SNB-Gewinn ohne Berücksichtigung der Finanzkraft ausgerichtet. Die Finanzausgleichskomponente bei der SNB-Gewinnverteilung soll jedoch über neue Instrumente (Ressourcenausgleich und Härteausgleich) im längerfristig erwarteten Umfang in das NFA-System überführt wer-

den. Eine Annahme der KOSA-Initiative würde über diesen Weg das künftige Finanzausgleichsvolumen schmälern. Der Kanton Graubünden hätte somit auch unter Beachtung der NFA mit Ertragsausfällen in der Grössenordnung von 20 Mio. Franken pro Jahr zu rechnen.

Aus diesem Grund lehnt die Regierung die KOSA-Initiative ab.

- 2) Die Ertragseinbusse durch eine Annahme der KOSA-Initiative müsste durch zusätzliche Massnahmen auf der Einnahmen- und/oder Ausgabenseite kompensiert werden. Zur Zeit ist offen, welche konkreten Massnahmen ergriffen werden müssten. Nach den bereits umgesetzten Sparmassnahmen wäre wohl auch ein Leistungsabbau in den staatlichen Kernaufgaben wie Gesundheitswesen, Bildung oder Verkehr nicht mehr zu vermeiden.

Die geplanten Steuergesetzrevisionen mit Ertragsausfällen von total rund 75 Mio. Franken im Jahr 2009 und gut 90 Mio. Franken ab dem Jahr 2010 sind nur tragbar, wenn ausreichend Eigenkapital aufgebaut und der Grossteil der Ausfälle durch den allgemeinen Haushalt aufgefangen werden kann. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn verschiedene Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu zählen insbesondere weiterhin günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Weiterführung der Struktur- und Sanierungs-Massnahmen, der Verzicht auf nicht separat finanzierte Sonderprojekte, Zurückhaltung in der Ausgabenpolitik und das Ausbleiben von namhaften Zusatzbelastungen durch den Bund. Der finanzpolitische Handlungsspielraum des Kantons wird durch die geplanten Steuergesetzrevisionen beansprucht. An den Zielen dieser für den Kanton sehr bedeutsamen Revisionen sollen keine Abstriche vorgenommen werden.

- 3) Die Finanzlage des Kantons Graubünden ist bekanntlich in hohem Masse von der Finanzlage des Bundes abhängig. So stammen derzeit beinahe 50% der Kantoneinnahmen aus Bundesquellen (inklusive durchlaufende Bundesbeiträge an die Landwirtschaft und den öffentlichen Regionalverkehr). Der Bund müsste seine Ertragsausfälle von jährlich 833 Mio. Franken gemäss seinem Konzept der Schuldenbremse ebenfalls kompensieren, was schwergewichtig auf der Ausgabenseite geschehen müsste, bzw. ein weiteres Entlastungsprogramm zur Folge hätte. Die Kantone würden davon kaum verschont, fliessen doch rund 30% der Bundesausgaben zu den Kantonen. Die Befürchtung, dass der Kanton auch über diesen Weg von einer Annahme der KOSA-Initiative negativ betroffen würde, ist mehr als berechtigt.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Claudio Lardi

Claudio Lardi

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Dr. C. Riesen

D U M O N D A**concernent las consequenzas finanzialas per il chantun Grischun en cas d'ina eventuala acceptaziun da l'iniziativa
COSA**

Oz va in terz dals gudogns da la banca naziunala a la confederaziun e dus terzs van als chantuns. Quests daners vegnan duvrads per ademplir incumbensas centralas dal stadi en ils chantuns, p. ex. per la segirezza, per la furmaziun u per fatgs da la sanadad. Sche l'iniziativa COSA vegniss acceptada, perdessan ils chantuns quests meds e stuessan cumpensar la perdita da questas entradas cun reducir las expensas resp. las prestaziuns tar incumbensas centralas dal stadi u cun augmentar la taglia. Quai avess consequenzas considerablas per las burgaisas e per ils burgais sco er per l'economia. Er la perdita da las entradas tar la confederaziun avess consequenzas finanzialas per ils chantuns.

Ils chantuns disponan da gremis politics e d'instruments (dretgs dal pievel, parlament chantunal e regenza) per laschar decider en moda democratica e manai vla a las burgaisas ed als burgais davart l'utilisaziun dals daners da la banca naziunala. Perquai ch'ils chantuns èn manai vels a las burgaisas ed als burgais e grazia a las enconuschientschas ch'els han areguard ils differents problems e basegns regiunals, dattan ils chantuns la garanzia ch'els dovrian ils meds da la banca naziunala en moda spargnusa ed adattada a las cundiziuns chantunals. Sche l'iniziativa COSA vegniss acceptada na fiss quai betg pli il cas.

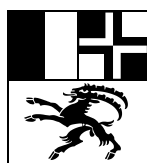
En il Grischun ha la regenza exprimì pliras giadas sia intenziun da trair a niz ils gudogns da la banca naziunala per sminuir ils debits dal stadi e per finanzia il pachet da la revisiun da la lescha da taglia. Questa intenziun vegn sustegnida da la cumissiun per economia, taxas e politica da stadi (CETPS) e da la cumissiun da gestiun (CdG) ed ella è vegnida acceptada fin ussa dal cussegl grond cun bainvulientscha. Tenor l'opiniun da las deputadas e dals deputads che fan questa dumonda na fiss questa moda da proceder betg pli pussaivla en cas che l'iniziativa COSA vegniss acceptada.

La regenza vegn perquai suppligada da responder, tge consequenzas finanzialas ch'ella vesa per il Grischun en cas che l'iniziativa COSA vegniss eventualmain acceptada. Concretamain ston vegnir respundidas las suandantas dumondas:

- 1) Quant grondas fissan las perditas da las entradas en cas che l'iniziativa KOSA vegniss acceptada (partind da la clav da repartiziun vertenta)?
- 2) Co vegnissan cumpensadas questas perditas da las entradas? Tge consequenzas avessan questas perditas da las entradas sin il pachet da la revisiun da la lescha da taglia?
- 3) Sche l'iniziativa vegniss acceptada, gessan a perder a la confederaziun – fin che la cunvegna davart la distribuziun dal gudogn scada resp. fin l'onn 2012 – mintg'onn bundant 833 milliuns francs. Ston ins temair che per consequenza vegnian reducidas las subvenziuns per il Grischun?

Cuira, ils 24 d'avrigl 2006

Loepfe, Feltscher, Cavigelli, Augustin, Bachmann, Bär, Barandun, Berther (Mustér), Berther (Sedrun), Biancotti, Bundi, Büsser, Cahannes, Capaul, Casanova (Vignogn), Casanova (Cuira), Caviezel (Pitasch), Christ, Crapp, Demarmels, Dermont, Donatsch, Fallet, Farrér, Fasani, Hanimann, Hartmann, Hess, Jenny, Kessler, Kleis-Kümin, Luzio, Maissen, Marti, Meyer-Grass (Claustra), Perl, Plozza, Portner, Quinter, Rizzi, Robustelli, Sax, Schmid, Thomann, Tomaschett, Tremp, Tuor, Zanetti, Zanolari, Zegg, Bezzola, Darms, Nay



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

6 da zercladur 2006

9 da zercladur 2006

647

Dumonda Loepfe

concernent las consequenzas finanzialas per il chantun Grischun en cas d'ina eventuala acceptaziun da l'iniziativa COSA

Resposta da la regenza

Sa basond sin la curvegna davart la distribuziun dal gudogn tranter la confederaziun e la banca naziunala svizra (BNS) dals 5 d'avrigl 2002 paja la BNS per 2003 – 2012 (cun il pajament en ils onns 2004 – 2013) a la confederaziun ed als chantuns in gudogn annual da 2,5 milliardas francs. Da quels van tenor la clav da repartiziun constituziunala in terz a la confederaziun e dus terzs als chantuns. La part dals chantuns – che importa totalmain 1,67 milliardas francs – vegn repartida per 5/8 tenor la populaziun e per 3/8 tenor la forza finanziaria. Il chantun Grischun survegn pia actualmain 57,8 milliuns francs.

L'iniziativa dal pievel "Ils gudogns da la banca naziunala per la AVS" (iniziativa COSA), inoltrada ils 9 d'october 2002 dal "comité per in'assicuranza per vegls e survivents segira", vegn suttamessa al pievel ed als chantuns per la votaziun ils 24 da settember 2006. Sche l'iniziativa vegniss acceptada stuessan ils gudogns da la banca naziunala vegnir pajads al fond da la AVS. Ils chantuns survegnissan ordavant in import fix da totalmain 1,0 milliardas francs per onn. La confederaziun na survegniss nagut. Ils chantuns perdessan ensemen 666 milliuns francs per onn resp. 40 % e la confederaziun 833 milliuns francs resp. 100 % da l'import da fin ussa. La nova regulaziun vegniss applitgada previsiblamain a partir da l'onn da gestiun 2008. La situaziun giuridica areguard il pajament da las reservas da la BNS ch'èn sa furmadas fin ussa per la distribuziun vegn giuditgada en moda controversa. A la fin dals quints vegn – en cas che l'iniziativa vegn acceptada – il parlament federal a reglar la repartiziun da las reservas ch'èn sa furmadas durant il dretg vegl en il rom d'ina revisiun da la C.

Tar las dumondas:

- 1) Cun la clav da repartiziun valaivla per ils gudogns da la banca naziunala a basa da la calculaziun actuala (populaziun e forza finanziaria) importan las entradas pli pitschnas per il chantun Grischun annualmain 23,1 milliuns francs. Suenter l'introducziun da la refurma da la gulivaziun da finanzas e da la repartiziun da las incumbensas tranter la confederaziun ed ils chantuns (NGF) – che vegn realisada probablamain l'onn 2008 – vegn la part dals chantuns vi dal gudogn da la BNS repartì senza resguardar la forza finanziaria. La componenta da la gulivaziun da finanzas tar la repartiziun dal gudogn da la BNS duai dentant vegnir transferida en il sistem da la NGF cun novs instruments (gulivaziun da las

resursas e cumpensaziun da l'inegualitad) en la dimensiun ch'ins po spetgar a lunga vista. L'acceptaziun da l'iniziativa COSA restrensches en uschia il volumen futur da la gulivaziun da finanzas. Il chantun Grischun avess en quest cas, er cun resguardar la NGF, da quintar cun sperditas dal retgav en la dimensiun da 20 milliuns francs per onn. Per quest motiv refusa la regenza l'iniziativa COSA.

- 2) La sperdita dal retgav en il cas che l'iniziativa COSA vegniss acceptada stuess vegnir cumpensada tras mesiras supplementaras da la vart da las entradas e/u da las expensas. Per il mument n'èsi anc betg cler tgeninas mesiras concretas che duessan vegnir prendidas. Sper las mesiras da spargn ch'èn gia vegnidas realisadas na fissi bain er betg pli pussaivel d'evitar ina reduenziun da las prestaziuns en las incumbensas centralas dal stadi sco en ils fatgs da sanadad, da furmaziun u da traffic.

Las revisiuns planisadas da la lescha da taglia che cumpiglian sperditas dal retgav da totalmain ca. 75 milliuns francs l'onn 2009 e da bundant 90 milliuns francs a partir da l'onn 2010 èn supportablas mo, sch'i vegn stabili suffizientmain agen chapital avunda e sche la gronda part da las sperditas pon vegnir cumpensadas cun las finanzas generalas. Questa finamira po vegnir cuntanschida mo, sche differentas premissas èn ademplidas. Las premissas èn spezialmain ch'i existan cundiziuns da basa favuraivlas, che las mesiras da structura e da sanaziun cuntinueschan, ch'i vegna renunzià a projects speziels che na vegnan betg finanziads separadamain, che la politica d'expensas vegna retegnida e ch'il chantun na vegna betg engrevgià supplementarmain da la confederaziun. La libertad d'agir da la politica da finanzas dal chantun vegn absorbada tras las revisiuns planisadas da la lescha da taglia. I na duain vegnir fatgas naginas restricziuns vi da las finamiras da questas revisiuns ch'èn fitg impurtantas per il chantun.

- 3) La situaziun finanziaria dal chantun Grischun dependa enconuschentmain fitg dependenta da la situaziun finanziaria da la confederaziun. Uschia derivan per il mument bunamain 50 % da las entradas dal chantun da funtaunas federalas (inclusiv contribuziuns federalas transitoras a l'agricultura ed al traffic public regional). La confederaziun stuess medemamain cumpensar sias sperditas da retgav dad 833 milliuns francs per onn tenor ses concept per frenar ils daivets, quai ch'i influenzass spezialmain la vart da las expensas, resp. che avess per consequenza in ulteriur program da distgargia. Ils chantuns na vegnissan strusch schanegiads, perquai che ca. 30 % da las expensas da la confederaziun van a favur dals chantuns. La tema ch'il chantun vegniss pertutgà en moda negativa er uschia, sche l'iniziativa COSA vegniss acceptada, è pli che giustificada.



En num da la regenza

Il president:

Claudio Lardi

Claudio Lardi

Il cancellier:

dr. C. Riesen

dr. C. Riesen

I N T E R P E L L A N Z A

concernente le conseguenze finanziarie di un'eventuale accettazione dell'iniziativa COSA per il Cantone dei Grigioni

Attualmente un terzo degli utili della Banca nazionale va alla Confederazione e due terzi vanno ai Cantoni. Questi fondi vengono utilizzati nei Cantoni per assolvere compiti statali centrali, ad es. per la sicurezza, la formazione o la sanità. In caso di accettazione dell'iniziativa COSA, questi fondi verrebbero sottratti ai Cantoni, che dovrebbero compensare le minori entrate riducendo le uscite risp. le prestazioni in relazione ai compiti statali centrali o aumentando le imposte. Ciò avrebbe conseguenze sensibili per le cittadine ed i cittadini, nonché per l'economia. Anche le minori entrate della Confederazione avrebbero conseguenze finanziarie per i Cantoni.

I Cantoni dispongono di organi e strumenti politici (diritti popolari, parlamenti cantonali e Governo) che consentono una decisione sull'utilizzo dei fondi della Banca nazionale democratica e prossima ai cittadini. Grazie alla loro prossimità al Popolo e alle loro conoscenze dei problemi e delle esigenze molto diversi da regione a regione, i Cantoni garantiscono una gestione dei fondi della Banca nazionale parsimoniosa e adeguata alla situazione del proprio Cantone. In caso di accettazione dell'iniziativa COSA ciò non sarebbe più il caso.

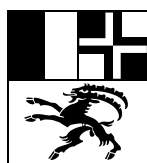
Nei Grigioni, il Governo ha a più riprese reso nota la sua intenzione di impiegare gli utili della Banca nazionale per ridurre i debiti statali e per finanziare il pacchetto di revisione delle imposte. Questa intenzione viene sostenuta dalla CETPS e dalla CdG, e finora è stata accolta con favore dal Gran Consiglio. Secondo le e gli interpellanti, l'accettazione dell'iniziativa COSA renderebbe impossibile un tale procedimento.

Il Governo è quindi invitato a fornire una risposta riguardo alle conseguenze finanziarie per i Grigioni in caso di un'accettazione dell'iniziativa COSA. Concretamente lo preghiamo di rispondere alle seguenti domande:

- 1) A quanto ammonterebbero le minori entrate in caso di accettazione dell'iniziativa COSA (partendo dalla chiave di ripartizione tra i Cantoni attualmente in vigore)?
- 2) In che modo verrebbero compensate queste minori entrate? Quali sarebbero le conseguenze di queste minori entrate sul pacchetto di revisione delle imposte?
- 3) L'accettazione dell'iniziativa provocherebbe alla Confederazione perdite di oltre 833 mio. di franchi all'anno fino alla scadenza della convenzione sulla distribuzione degli utili risp. fino al 2012. Si deve temere che di conseguenza vengano ridotti i sussidi per i Grigioni?

Coira, 24 aprile 2006

Loepfe, Feltscher, Cavigelli, Augustin, Bachmann, Bär, Barandun, Berther (Disentis), Berther (Sedrun), Biancotti, Bundi, Büsser, Cahannes, Capaul, Casanova (Vignogn), Casanova (Coira), Caviezel (Pitasch), Christ, Crapp, Demarmels, Dermont, Donatsch, Fallet, Farrér, Fasani, Hanimann, Hartmann, Hess, Jenny, Kessler, Kleis-Kümin, Luzio, Maissen, Marti, Meyer-Grass (Klosters), Perl, Plozza, Portner, Quinter, Rizzi, Robustelli, Sax, Schmid, Thomann, Tomaschett, Tremp, Tuor, Zanetti, Zanolari, Zegg, Bezzola, Darms, Nay



Seduta del
6 giugno 2006

Comunicata il
9 giugno 2006

Protocollo n.
647

Interpellanza Loepfe

concernente le conseguenze finanziarie di un'eventuale accettazione dell'iniziativa COSA per il Cantone dei Grigioni

Risposta del Governo

Sulla base della vigente convenzione del 5 aprile 2002 sulla ripartizione degli utili, stipulata fra la Confederazione e la Banca nazionale svizzera (BNS), la BNS versa alla Confederazione e ai Cantoni per gli anni d'esercizio 2003 - 2012 (con versamento negli anni 2004 - 2013) un utile di 2,5 miliardi di franchi all'anno. Secondo la chiave di ripartizione costituzionale, un terzo di questo importo va alla Confederazione e due terzi vanno ai Cantoni. La parte destinata ai Cantoni, pari ad un importo complessivo di 1,67 miliardi di franchi, viene ripartita per 5/8 secondo la popolazione residente e per 3/8 secondo la capacità finanziaria. Di questo importo, il Cantone dei Grigioni riceve attualmente 57,8 mio. di franchi.

Il 24 settembre 2006 l'iniziativa popolare "Utili della Banca nazionale per l'AVS" (iniziativa "COSA"), inoltrata il 9 ottobre 2002 da un "Comitato per un'AVS sicura", verrà sottoposta al Popolo e ai Cantoni per la votazione. L'accettazione dell'iniziativa avrebbe come conseguenza il versamento degli utili della Banca nazionale a favore del Fondo AVS. Prima però, i Cantoni riceverebbero un importo fisso di in totale un miliardo di franchi all'anno. La Confederazione non riceverebbe niente. Tutti i Cantoni assieme perderebbero annualmente 666 mio. di franchi risp. il 40% e la Confederazione 833 mio. di franchi risp. il 100% delle entrate attuali. La nuova regolamentazione verrebbe applicata presumibilmente a partire dall'anno d'esercizio 2008. La situazione giuridica relativa al versamento della riserva di distribuzione della BNS finora costituita viene giudicata in modo controverso. Infine, in caso di accettazione dell'iniziativa il Parlamento federale dovrà disciplinare nel quadro della revisione della legge sulla Banca nazionale l'assegnazione della riserva di distribuzione costituita secondo il vecchio diritto.

In merito alle domande:

- 1) Partendo dalla chiave di ripartizione vigente per gli utili della Banca nazionale con le basi di calcolo attuali (popolazione e capacità finanziaria), il Cantone dei Grigioni registrerebbe minori entrate pari a 23,1 mio. di franchi. Dopo l'introduzione della nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti tra Confederazione e Cantoni (NPC), prevista per il 2008, la quota cantonale agli utili della BNS verrà versata senza tenere conto della capacità finanziaria. La componente della perequazione finanziaria nell'ambito della distribuzione degli utili della BNS deve però essere trasferita, tramite nuovi strumenti (conguaglio delle risorse e compensazione dei casi di rigore), nel sistema della NPC nella

misura attesa a lungo termine. L'accettazione dell'iniziativa COSA diminuirebbe in questo modo il volume della futura perequazione finanziaria. Anche in considerazione della NPC, il Cantone dei Grigioni dovrebbe quindi attendersi minori entrate di circa 20 mio. di franchi all'anno. Per questo motivo il Governo è contrario all'iniziativa COSA.

- 2) Le minori entrate in seguito all'accettazione dell'iniziativa COSA dovrebbero essere compensate tramite ulteriori misure sul piano delle entrate e/o uscite. Al momento non è ancora chiaro quali misure debbano essere adottate. Dopo le misure di risparmio già attuate, sarebbe quindi difficilmente evitabile una riduzione delle prestazioni nell'ambito dei compiti centrali dello Stato come la sanità, la formazione o i trasporti.

Le previste revisioni della legge sulle imposte, che hanno come conseguenza minori entrate per un importo complessivo di circa 75 mio. di franchi nel 2009 e di oltre 90 mio. di franchi a partire dal 2010, sono sostenibili soltanto se può essere accumulato sufficiente capitale proprio e se la maggior parte delle minori entrate può essere compensata dal bilancio generale. Questo obiettivo può essere raggiunto soltanto se sono adempiuti diversi presupposti. Vi rientrano segnatamente condizioni quadro economiche favorevoli anche in futuro, la continuazione delle misure strutturali e di risanamento, la rinuncia a progetti speciali senza finanziamento separato, moderazione nella politica di spesa e l'assenza di importanti oneri supplementari provocati dalla Confederazione. Il margine di manovra politico-finanziario del Cantone viene sfruttato con le previste revisioni della legge sulle imposte. Non si intende compromettere gli obiettivi di queste revisioni molto importanti per il Cantone.

- 3) Come è noto, la situazione finanziaria del Cantone dei Grigioni dipende fortemente dalla situazione finanziaria della Confederazione. Infatti, attualmente quasi il 50% delle entrate cantonali proviene da fonti federali (inclusi i contributi federali da riversare a favore dell'agricoltura e del trasporto pubblico regionale). Anche la Confederazione dovrebbe compensare le proprie minori entrate di 833 mio. di franchi all'anno secondo il suo concetto di freno all'indebitamento, cosa che dovrebbe essere realizzata soprattutto sul piano delle spese, risp. avrebbe come conseguenza un ulteriore programma di sgravio. Molto probabilmente i Cantoni ne risentirebbero, visto che circa il 30% delle spese federali vanno a beneficio dei Cantoni. Il timore che anche in questo modo l'accettazione dell'iniziativa COSA abbia conseguenze negative per il Cantone è più che giustificato.



In nome del Governo

Il Presidente:

Claudio Lardi

Claudio Lardi

Il Cancelliere:

C. Riesen

dott. C. Riesen